

# Das Frauenstatut in der Diskussion

Pragmatisch oder konsequent? Die Grünen haben sich diese Woche zwei Mal damit befasst

WANGEN (swe/bee/mag) - Es ist ein Thema, das in beiderlei Richtungen für Emotionen sorgt: das grüne Frauenstatut, das Frauen seit mehr als 30 Jahren in politischen Gremien Vorfahrt vom Rederecht bis hin zur Besetzung von Posten einräumt. Seit 1986 schon hat Bündnis 90/Die Grünen dieses Statut in ihrer Satzung. Darin heißt es unter anderem: „Alle Gremien (...) sind paritätisch zu besetzen.“ Außerdem wird empfohlen, dass Wahllisten grundsätzlich abwechselnd besetzt werden sollen, wobei für Frauen die ungeordneten Listenplätzen vorgesehen sind. Für die geraden Plätze können Frauen und Männer kandidieren.



Braucht es ein Frauenstatut für politische Gremien?

SYMBOLFOTO: DPA

In den vergangenen Wochen und Monaten ist von verschiedenen Seiten grundsätzlich für einen höheren Frauenanteil in kommunalpolitischen Gremien der Region geworben worden. Unter anderem von der überparteilichen Initiative „Bora“, in der kommunalpolitisch aktive Frau-

en für mehr Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts in den Kreistagen, Gemeinde- und Ortschaftsräten werben. Die Forderung nach einem höheren weiblichen Anteil unterstützte zuletzt offen auch der grüne Wangener Kreis- und Stadtrat Siegfried Spangenberg - und

kritisierte in diesem Zusammenhang andere Ratsfraktionen.

Das Frauenstatut der Grünen war in dieser Woche dann gleich zweimal Thema: bei der Nominierung der grünen Kreistagskandidatinnen und -kandidaten in Kißlegg und bei der Nominierung der GOL-Gemeinderatsliste in Wangen. Zweimal ist auf unterschiedliche Weise damit umgegangen worden. Während die Grünen in Kißlegg pragmatisch agierten und drei von zehn Wahlbezirken mit Männern an der Spitze besetzten, entschied sich Wangen für die Umsetzung des Frauenstatus in reiner Form. Richtig so, sagt Marlene Gempp in ihrem „Pro“-Kommentar, falsch meint Susi Weber in ihrem „Contra“.

Stimmen Sie ab unter [www.schwaebische.de/frauenstatut](http://www.schwaebische.de/frauenstatut).

Pro

Contra

„Es muss normal für die Allgemeinheit werden“

„Gleichberechtigung muss für beide Seiten gelten“

72 Abgeordnete hat der Ravensburger Kreistag - und davon sind neun Frauen. Dass Parität in Gremien aber machbar ist, zeigt sich im Wangener Rat: Die acht Sitze der GOL sind zur Hälfte mit Frauen und zur Hälfte mit Männern besetzt. Natürlich ist das Frauenstatut der Grünen eine Art Zwang, über den man diskutieren kann. Keine Frau wird gerne auf Listenplatz eins stehen, „nur“ weil sie eine Frau ist. Natürlich muss die Fähigkeit eines Kandidaten an erster Stelle stehen.

Aber dennoch braucht es einen gewissen Druck, um eine Änderung, vor allem in den Köpfen, zu bewirken. Denn erst wenn es normal wird, dass Frauen in der Politik genau so viele Ämter übernehmen wie ihre männlichen Kollegen, erst wenn man sich nicht mehr auf die Schultern klopfen muss, weil es „schon“ fünf Bürgermeisterinnen im Landkreis gibt, dann ist Gleichberechtigung geschafft. Und bis etwas für die Allgemeinheit normal ist, dau-

ert es erfahrungsgemäß eine Weile. Und wieso soll diese Normalität nicht mit einem gewissen Druck beschleunigt werden? Wenn man nicht mehr



Pro

„Bei 30 Prozent darf das Engagement nicht aufhören.“

Marlene Gempp

darüber spricht, dass Frauen unterrepräsentiert sind und sogar Angst davor bekommt, das Gleichgewicht könnte sich auf einmal umdrehen, machen wir wieder eine Rolle rückwärts in der Entwicklung.

Für die Kommunalwahl im Mai wünschen sich die Kreistagskandidatinnen übrigens 20 bis 30 Prozent Frauenanteil. Das ist die sogenannte kritische Masse, ab der eine Gruppe Einfluss auf die Mehrheit nehmen kann. Bei 30 Prozent Frauenanteil muss wohl noch niemand Angst haben, dass die jahrelange Ungleichheit plötzlich umgedreht wird. Und bei 30 Prozent Frauenanteil darf das Engagement hin zu Parität noch lange nicht aufhören.

» [m.gempp@schwaebische.de](mailto:m.gempp@schwaebische.de)

Ja, sie war richtig und wichtig, diese von Siegfried Spangenberg angeregte Diskussion. Auch, wenn es ihm in diesem Fall „nur“ um die Person Tilman Schauwecker als Spitzenkandidat ging. Die Frage an sich muss aber erlaubt sein: Sind die Grünen an einem Punkt, an dem sich die Dinge umkehren und nun Männer in die Ecke gestellt werden?

Unbestritten: Die Förderung der Frauenpolitik ist unbedingt von Nöten. Die Frage ist nur: Wie, in welchem Umfang und mit welchen Mitteln? Meiner Meinung nach machen weder Männer noch Frauen wie von manchen behauptet per se und stereotyp die schlechtere oder bessere Politik. Auf den Menschen kommt es an, auf seine Persönlichkeit, seine Kompetenz, seine Schwerpunkte - für mich völlig geschlechtsneutral.

Und ja, es gibt Gründe, warum bei geschlechtsspezifisch garantierten

Listenplätzen wie in Kißlegg auch mal anders entschieden werden kann und soll. Gleichberechtigung



Contra

„Weder Männer noch Frauen machen per se und stereotyp die schlechtere oder bessere Politik.“

Susi Weber

muss meiner Meinung nach darüber hinaus auch für beide Seiten gelten und darf weder Frauen noch Männer bevorzugen oder benachteiligen oder mit zweierlei Maß messen. Das sagt im Übrigen auch unser Grundgesetz, Artikel drei.

„Ich möchte nicht, dass Sie mich wählen, weil ich eine Frau bin, sondern weil ich gut bin“, sagte Anfang Januar eine Bewerberin für den Kißlegger Gemeinderat. Das ist und bleibt auch meine Einstellung - bei und in allen vergangenen, laufenden und (vielleicht) noch kommenden Funktionen, auch wenn sie bislang nicht im eigentlichen Sinne politisch waren.

» [susi.weber@schwaebische.de](mailto:susi.weber@schwaebische.de)